



AUTOREN



Malte Jahn

Malte Jahn ist seit September 2012 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) tätig.

Tel.: 040 - 34 05 76 - 351



Sven Schulze

Dr. Sven Schulze arbeitet seit Oktober 2008 als Senior Economist am Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI).

Tel.: 040 - 34 05 76 - 355

UN-KLIMAVERHANDLUNGEN

Das Klima ist nicht verhandelbar

In wenigen Tagen beginnen in Paris die nächsten UN-Klimaverhandlungen (COP 21). Die Hoffnungen auf große Fortschritte in Richtung eines weltweiten Klimaabkommens sind aus Sicht vieler Beobachter gering. Seit Jahrzehnten gelingt es nicht, eine globale Vereinbarung für eine wesentliche Senkung der Treibhausgasemissionen zu erreichen, von deren praktischer Umsetzung ganz zu schweigen.

Es scheint so, als sei das Klima nicht verhandelbar. Spieltheoretiker und VerhaltensökonomInnen beschäftigen sich seit Langem mit Bedingungen für stabile Koalitionen, Anreizmechanismen einem Abkommen beizutreten und der fairen Lastenverteilung zwischen und innerhalb von Ländern. Aber auch die daraus gewonnenen Erkenntnisse haben in der Praxis bisher wenig bewirkt. Aus unserer Sicht hat dies im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens wurde stets eine Politik des „großen Wurfs“ versucht, um eine Emissionsvermeidung zur Einhaltung des 2-Grad Ziels zu erreichen. Zweitens fehlt es den meisten Verhandlungsführern an der Fähigkeit und dem Willen, eine übergeordnete Perspektive einzunehmen, bei der auch die Interessen der jeweils anderen Verhandlungsseite berücksichtigt werden.

Ein Problem eines globalen, top-down Vermeidungsabkommens besteht darin, dass mittlerweile bereits einige kontinentale Maßnahmen (wie z.B. der europäische Handel mit CO₂-Zertifikaten) und daneben noch nationale Vermeidungsstrategien existieren, die mehr oder weniger stark verfolgt werden. Insbesondere nationale Vermeidungsstrategien können im Widerspruch zu Vereinbarungen auf höherer Ebene stehen. Zum Beispiel führen lokale Stromeinsparmaßnahmen in einem (die Stromerzeugung einschließenden) Zertifikatehandelssystem nur zu sinkenden Zertifikatepreisen, nicht aber zu einer Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Eine top-down Festlegung der Emissionsmenge führt also tendenziell dazu, dass Bürgern und Entscheidungsträgern vor Ort die Verantwortung genommen wird. Ein Ausweg könnte sein, ein Stück weit von der Politik des „großen Wurfs“ abzurücken und sich primär auf Vermeidungsbemühungen vor Ort zu konzentrieren. Hier könnte auch die ökonomische Forschung noch einen stärkeren Beitrag leisten, inwieweit eine Kombination von lokalen bzw. nationalen Vermeidungsmaßnahmen und übergeordneten Mechanismen wie (kontinentalen) Zertifikatehandelssystemen effizient gestaltet werden kann.

Der zweite Grund, die fehlende übergeordnete Perspektive, ist natürlich nicht unabhängig vom ersten, da ein solcher Mangel eben auch die Erfolgsaussichten eines „großen Wurfs“ schmälert. Zusätzlich hat er aber weitere Dimensionen.

In vielen Ländern, die fossile Energieträger importieren, wie z.B. den meisten europäischen Ländern, wird hauptsächlich darüber diskutiert, wie man den Verbrauch der Fossilen senken kann. Aus übergeordneter Perspektive muss man aber auch die exportierenden Länder betrachten, welche vielfach vom Verkauf fossiler Rohstoffe abhängig sind. Ob die momentan hohen Förderkapazitäten bereits ein Zeichen dafür sind, dass diese Länder (trotz niedrigem Preis) ihre fossilen Energieträger auf den Markt bringen wollen, weil sie mittelfristig durch Vermeidungsmaßnahmen der Importeure eine (noch) schwächere Nachfrage erwarten, ist unklar. Jedenfalls gibt es nun vermehrt Stimmen, die Transferzahlungen vorschlagen, um die exportierenden Länder dazu zu bringen, ihre fossilen Energieträger im Boden zu belassen. Um das

Verständnis für andere Länder zu stärken, kann diese Debatte zumindest nicht schaden.

Während die Industrieländer sich vielfach auf den Standpunkt stellen, dass Wachstum künftig „qualitativ“ oder „grüner“ ausfallen sollte, ignoriert dies den Wunsch der Entwicklungs- und Schwellenländer nach angemessenen Lebensumständen.

Ähnlich verhält es sich mit den Ansprüchen auf künftiges Wirtschaftswachstum: Während die Industrieländer sich vielfach auf den Standpunkt stellen, dass Wachstum künftig „qualitativ“ oder „grüner“ ausfallen sollte, ignoriert dies den Wunsch der Entwicklungs- und Schwellenländer nach angemessenen Lebensumständen. Zwar sind ein Lernen aus den früheren Fehlern der heutigen Industrieländer und ein weniger ressourcen- und energieintensives Wachstum durchaus möglich. Jedoch dürfte die gängige westliche Ein-

stellung der moralischen Überlegenheit hier kaum einer Annäherung zuträglich sein und bedarf künftig einer Neujustierung.

Zusätzlich muss auch das Verständnis dafür wachsen, dass die Treibhausgasemissionen lediglich ein Symbol für den menschlichen Umgang mit der Natur insgesamt darstellen. Die Abholzung der Regenwälder, die Überfischung der Weltmeere, der steigende Fleischkonsum und die Verschmutzung der Ozeane sind (globale) Probleme, die mit der Verbrennung fossiler Energieträger unmittelbar nichts zu tun haben, die aber die Lebensbedingungen für Milliarden Menschen ebenfalls stark beeinträchtigen. Dennoch oder vielleicht auch deswegen scheint in den vergangenen Jahren die Bereitschaft zum Umweltschutz in vielen entscheidenden Weltregionen wie Asien zugenommen zu haben. Unabhängig von der Bewertung der konkreten Ergebnisse der bisherigen Klimaverhandlungen bieten die Klimakonferenzen zumindest immer wieder eine Gelegenheit, diese Bereitschaft durch Aufmerksamkeit für das Thema zu steigern.